

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15.
Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Verkaufspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Grundzeile (Zm. No. 25, oder deren Raum 30 Pfg., 6spaltige Anzeigen 20 Pfg. Im Textteil (Zm. No. 17) 60 Pfg. die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3spaltige Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Was geht in Berlin vor?

Die Verbindung unterbrochen.

Dresden, 8. November. Wolffs Telegraphen-Bureau meldet: Wegen Unterbrechung der Verbindung mit Berlin können weitere Nachrichten nicht ausgegeben werden.

Auch unsere Bemühungen, mit unserem Berliner Vertreter telephonischen Anschluß zu erhalten, waren vergeblich. Jeder Fernsprechverkehr mit Berlin und den Vororten ist abgebrochen.

Nach einer weiteren Wolff-Meldung sind die Fernleitungen für Militär- und Staatsgespräche freigegeben. Dennoch darf man kaum noch einen Zweifel hegen, daß sich in Berlin gegenwärtig ernste Vorgänge abspielen, die vielleicht die Vorgänge in Kiel und Hamburg übersteigen. Die heute früh aus Berlin eingegangenen Meldungen besagen lediglich, daß die meisten öffentlichen Gebäude, mehrere Großbetriebe und Elektrizitätswerke in Berlin am gestrigen Donnerstag militärisch besetzt waren, ohne daß es zu Ruhestörungen kam. Fünf Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten mit dem Thema „Der Jahrestag der russischen Revolution“, die für Donnerstag in Berlin anberaumt waren, wurden polizeilich verboten. Auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin führten Züge weder ein noch aus. Das Hauptpostgebäude war von Posten umstellt.

Ob die bolschewistische Saat, die die russische Bolschewistik gesät hat, ausgegangen ist? Jedenfalls darf man sich auf Erntes geist machen, wenn man auch die Hoffnung hegen darf, daß es gelingen wird, der Bewegung Herr zu werden. Wenn für das Endergebnis, womit wir aus dem Kriege hervorgehen werden, hängt alles davon ab, daß wir als ein unerschüttertes und geordnetes Staatswesen aus ihm hervorgehen. Der Krieg war eine ungeheure Belastungsprobe für unsere Wehrmacht, unsere Wirtschaft, unsere Staatserhaltung. Unsere Wehrmacht hat der Feuer- und Eisenprobe unbesiegt und ungebeugt standgehalten. Unsere Wirtschaft ist, trotz aller Entbehrungen und Einschränkungen, nicht zusammengebrochen. Aber all das würde uns nicht das geringste helfen, wenn die äußere Lebensform unseres Volkes, wenn sein Dasein als ordnungsgemäßes und -ordnungserhaltendes Staatswesen in Frage stünde. Der Bolschewismus hat in Rußland zu einer Wirtschaftskatastrophe und zu einem Hungerelend geführt, die beispiellos sind. Rußland hat aber immerhin 85 Prozent Selbstverfoger; eine bolschewistische Herrschaft in Deutschland würde das russische Elend in hundertfacher Vergrößerung bringen.

Die letzten aus Berlin eingetroffenen amtlichen Meldungen berichten:

Erste Mahnung des Kriegsernährungsamts.

Berlin, 7. November. (B. L. B.) Amlich wird gemeldet: Durch vier Jahre hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswerter Standhaftigkeit getragen. Jetzt stehen der Frieden und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungsfrage eintreten. Am 1. Dezember wird die Prostration erhöht werden. Andere Erleichterungen werden folgen. Voraussetzung dafür, wie überhaupt für die Weiterforschung der Bevölkerung ist unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung verbindet die regelmäßige Lebensmittelzufuhr und bedroht die Großstädte und die Industriebezirke mit unsagbarem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden.

Der Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamts.

Anordnung der Demobilisierung.

Berlin, 7. November. (B. L. B.) Die Bundesratsverordnung über die Demobilisierung ist am Donnerstag vom Bundesrat angenommen worden und wird in kurzer Zeit veröffentlicht werden.

Halbamtliche Meldung über die Lage in Norddeutschland.

Weitere Ausdehnung der Unruhen.

Berlin, 7. November. (B. L. B.) Von zuständiger Stelle wird über die Lage in den nördlichen Provinzen mitgeteilt: Die Unruhen haben sich auf einige Orte ausgedehnt.

In Bremen

wurden auf dem Marktplatz von unabhängigen Sozialisten und einigen Militärpersonen Reden gehalten, die zur Bildung einer sozialistischen Republik und eines Arbeiter- und Soldatenrates aufforderten. An die Befreiung von Militärgefangenen schloß sich die Öffnung auch von Zivilgefangenen an. Auf den Straßen herrscht Ordnung. Zwischenfälle wurden bisher nicht gemeldet. Für heute abend wurde in einer Versammlung Liebnicht als Redner erwartet. In einer Sitzung der Bürgerschaft stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des gleichen direkten Wahlrechts zur Erörterung. Der Senat soll sich seine Entscheidung vorbehalten haben.

Aus Hamburg

wird gemeldet: Das Zentralkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Sämtliche Amts- und militärischen Gebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Minderer werden mit sofortiger Erschießung bestraft. Es finden Verhandlungen mit dem Senat statt. Der Zugverkehr ist bis auf zwei Züge eingestellt. Post- und Telegraphenamt waren bis zur Stunde nicht besetzt.

Vorliegende Privatmeldungen berichten:

In Schwerin haben sich ähnliche Vorgänge wie in Kiel, Bremen, Hamburg, Luthven und Tilsit abgespielt. Die Soldaten hätten selbst für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge getragen. Die Vorgänge in Schwerin und anderen Städten sind hiernach nicht mit dem bolschewistischen Umsturz in Rußland zu vergleichen, vielmehr scheint es sich mehr um eine Auflehnung gegen unwürdige Behandlung durch Vorgesetzte zu handeln, über die von älteren Landsturmsleuten vielfach geklagt wird.

In München war für Donnerstag nachmittags eine von den Reichsheeresoffizieren einberufene Volksversammlung unter freiem Himmel auf der Theresienwiese anberaumt, die nach den bis jetzt vorliegenden Privatmeldungen einen erregten Verlauf nahm. Eine gewaltige Menschenmenge mit roten Fahnen hatte sich versammelt. An Schreien und Rufen nach der Republik, Revolution und Abdankung des Kaisers war kein Mangel.

Bolschewistische Flugblätter aus Rußland.

Wlana, 6. November. (B. L. B.) An der Rinsten Demarkationslinie wurde, wie die „Litau-Mittellungen“ melden, ein aus Rußland kommender Wagen mit bolschewistischen Flugblättern beim Versuch, heimlich über die Grenze zu kommen, gefaßt. Unter den Begleitern des Wagens befanden sich auch einige Verfasser der Flugblätter, die jetzt ihrer Bestrafung entgegensehen.

Internationales Einschreiten gegen den Bolschewismus.

Kopenhagen, 6. November. (B. L. B.) Mehrere schwedische Blätter besprechen die Möglichkeit eines Einschreitens gegen den Bolschewismus in Rußland. „Svenska Dagbladet“ glaubt nicht daran, daß die Flotte der ganzen Welt und 10 Millionen Soldaten wohl imstande sein würden, in Rußland wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Die Gefahr müsse mit einer „Entscheidungstaktik“ überwunden werden, ebenso wie bei anderen Epidemien. — „Stockh.“ im gegenwärtigen Augenblick nicht abhandeln.

Dagbladet“ sagt, daß Schweden sich dem internationalen Einschreiten in Rußland im Interesse der Humanität nicht entziehen könne. — „Nya Dagbladet“ meint, wenn Schweden sich einem Vorgehen gegen den Bolschewismus anschließen, werde es die Alandsinseln zum zweiten Male verlieren, oder Wannerheim zum zweiten Male Finnland ohne Hilfe Schwedens retten.

Rotterdam, 6. November. (B. L. B.) Nach dem „Nieuwe Rotterd. Cour.“ schreibt „Ranchest. Guardian“ über die Osterreich und der Türkei auferlegten Bedingungen, daß die Entente, wenn ihre Truppenteile die österreichisch-ungarischen und türkischen Staatsgebiete besetzen würden, sie der russischen Frage ernste Aufmerksamkeit widmen wollten, da der Bolschewismus sich über die russischen Grenzen ausbreitet und epidemisch zu werden scheint.

Der Kaiser.

Der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie haben am Mittwoch in mehrstündiger Beratung die Gesamtklage durchgesprochen und einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Fraktion und Parteileitung fordern, daß der Waffenstillstand ohne jede Verzögerung durchgeführt werde. Die Fraktion und der Parteiausschuß fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben; sie fordern unverzügliche Demokratisierung der Regierung, sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichstanzler mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage fordern.“

Für die Art, wie diese Frage jetzt von der Sozialdemokratie behandelt werden soll, ist ein Artikel des „Vorwärts“ bezeichnend, in dem es heißt: „Im Interesse der äußeren wie der inneren Politik darf der entscheidende Schritt nicht länger hinausgezögert werden. Deutschland darf sich eines einzigen Mannes wegen weder die Friedensverhandlungen erschweren noch im Bürgerkrieg zerfallen. Der Krieg, der dem Volk so unsagbare Opfer gekostet hat, fordert nun auch ein Opfer von diesem einen Mann, der mit seinen sechs Söhnen unverfehrt heimgekehrt ist. Er wird immer noch lange nicht der Bedauernswerteste unter den deutschen Familienvätern sein, wenn er dieses notwendige Opfer leistet!“

Dieser Ton und auch noch andere Umstände deuten darauf hin, daß sich auch in der Kaiserfrage die Gegensätze sehr zugespitzt haben.

Der Kaiser selbst

hat sich, wie auf dem Umweg über Budapest Blätter jetzt hier bekannt wird, mit voller Entschiedenheit auf den Standpunkt gestellt, daß er gerade mit Rücksicht auf die Erhaltung unserer inneren Ruhe und Ordnung unbedingt auf seinem Posten bleiben müsse.

Danach hat der Minister des Innern Dr. Drews dem Kaiser über die Scheidemannsche Forderung nach Abdankung des Kaisers Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier teilte Dr. Drews mit, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Scheidemann hat das Verhalten seiner Partei damit begründet, daß, wenn Kaiser Wilhelm nicht abdanken würde, die Unabhängigen Sozialisten die Thronfrage aufwerfen und die Einführung der Republik fordern wollten. Die Regierungsozialisten würden dann gezwungen sein, Schulter an Schulter mit den Unabhängigen Sozialisten zu kämpfen. Der Kaiser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die jetzige verworrene Lage freiwillig unter keinen Umständen seinen Platz verlassen werde. Er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses unmöglich der Entente ausliefern. Seine Abdankung würde eine völlige Anarchie und ein Überhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb